



Fach Wirtschaft in NRW: Und es bewegt sich doch ...

Erklärung zu den Planungen des nordrheinwestfälischen Ministeriums für Schule und Bildung für das Fach Wirtschaft

Von der 2017 im Koalitionsvertrag von CDU und FDP bekundeten Absicht, „an allen weiterführenden Schulen das Schulfach Wirtschaft zu etablieren“, bis zu den konkreten Umsetzungsplänen hat es länger gedauert als von uns erhofft. Seit der Pressekonferenz der Schulministerin am 26.11.2018 aber steht fest: Das Fach Wirtschaft soll an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen des Landes NRW als Pflichtfach eingeführt werden, was nicht zu Lasten anderer Fächer - insbesondere Geschichte und Politik – erfolgt. Die Schulen erhalten mehr Freiräume bei der unterrichtsorganisatorischen Umsetzung der Lehrpläne und Stundentafeln.

Wirtschaft wird zum Schuljahr 2020/21 als Kernfach an allen Realschulen in NRW eingeführt. Wir sehen darin eine späte Bestätigung des erfolgreichen Schulversuchs „Wirtschaft an Realschulen“, der von der Vorgängerregierung gegen den auch von uns unterstützten Protest der Beteiligten und Betroffenen nicht weitergeführt worden war. Die verbindliche Einführung eines aktualitätsbezogenen, lebensnahen und handlungsorientierten Faches Wirtschaft entspricht nicht nur einer seit langem von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Bildungsexperten erhobenen Forderung, sondern bietet auch eine große Chance zur Schärfung des Profils der Realschulen im Sinne einer zeitgemäß erweiterten Allgemeinbildung. Die erforderlichen zusätzlichen Stunden werden aus dem Kontingent der Ergänzungsstunden genommen.

Die Realschulen erhalten zusätzliche Gestaltungsoptionen durch ein **Wahlpflichtfach Wirtschaft** - angelehnt an den existierenden, aber noch nicht in Kraft getretenen Kernlehrplan Politik/ökonomische Grundbildung- sowie auch durch die mögliche Kombination der Fächer Wirtschaft und Politik im Pflichtbereich.

Das Fach Wirtschaft wird auch an den Hauptschulen gestärkt. Zwar bleibt es im Rahmen des neuen **Lernbereichs Wirtschaft und Arbeitswelt** bei dem Verbund der Fächer Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft, doch erhält das Fach Wirtschaft zusätzliche Stunden aus dem Kontingent der Ergänzungsstunden. Konsequenter wäre es gewesen, diesen Verbund aufzulösen zugunsten zweier selbstständiger Fächer Wirtschaft und Technik. Das Fach Technik gehört dem Bereich der MINT-Fächer an, das Fach Wirtschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Fächergruppe. Immerhin sehen die Pläne des Bildungsministeriums einen neuen **Wahlpflichtbereich Wirtschaft und Arbeitswelt** vor.

An den **Gesamtschulen und Sekundarschulen** wird das **neue Fach Wirtschaft-Politik** eingeführt, das zusammen mit den Fächern Erdkunde und Geschichte dem mit erhöhter Stundenzahl ausgestatteten Lernbereich Gesellschaftslehre zugeordnet ist. Gleichzeitig wurde der antiquierte **Lernbereich Arbeitslehre aufgelöst**; Technik und Hauswirtschaft werden selbstständige Fächer. Wie an der Hauptschule wird auch an den beiden integrierten Schulformen der Lernbereich **Wirtschaft und Arbeitswelt im Wahlpflichtbereich** angeboten.

Im Zuge der Umstellung der **Gymnasien auf G 9** wird das Fach **Wirtschaft-Politik** etabliert. Laut Entwurf der neuen Stundentafel müssen die Fächer Erdkunde, Geschichte und Wirtschaft-Politik in der gesamten Sekundarstufe I mit mindestens sieben Wochenstunden unterrichtet werden; „die beiden darüber hinausgehenden Stunden sollen **vorrangig der Stärkung der ökonomischen Bildung** dienen“.

Auch wenn wir nach wie vor die Position vertreten, dass das Anliegen der ökonomischen Bildung am wirkungsvollsten in einem eigenständigen Fach Wirtschaft realisiert werden kann, sehen wir in dem neugestalteten und mit höheren Stundenkontingenten ausgestatteten Fach Wirtschaft-Politik beträchtliche Chancen für eine Intensivierung der ökonomischen und der politischen Bildung, indem ökonomische und politische Themen und Erkenntnisweisen **gleichgewichtig und aufeinander bezogen** zum Zuge kommen. Wir begrüßen daher die Umbenennung des Faches in „Wirtschaft-Politik“.

Alle Fachkonstruktionen und Fachcurricula werden allerdings nur dann zu unterrichtlicher Wirklichkeit, wenn sie von **fachwissenschaftlich und fachdidaktisch qualifizierten Lehrkräften** in konkrete Unterrichtspraxis umgesetzt werden. Von der Einlösung dieses Desiderats sind wir noch weit entfernt: Für die ökonomischen Anteile des gymnasialen Faches Wirtschaft-Politik bzw. Sozialwissenschaften gibt es an den meisten nordrheinwestfälischen Hochschulen nur eine rudimentäre Ausbildung; für das Fach Wirtschaft im bisherigen Lernbereich Arbeitslehre an den Haupt- und Gesamtschulen existieren schon seit Jahren keine einschlägigen Studiengänge mehr, und für das neue Fach Wirtschaft an den Realschulen gab es mangels Fach bisher keine Lehrerausbildung.

Wir halten es nunmehr für erforderlich,

- schnellstmöglich eine flächendeckende und regional verankerte Infrastruktur (etwa in der Form des „blended e-learning“) für die fachwissenschaftliche und fachdidaktische **Lehrerfortbildung im Bereich der ökonomischen Bildung** aufzubauen,
- schnellstmöglich **Studiengänge für das Fach Wirtschaft** an möglichst allen Standorten der universitären Lehrerbildung in NRW einzurichten und die Hochschulen mit den dazu erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten,
- die Expertise engagierter Lehrkräfte (z.B. aus dem Modellversuch Wirtschaft an Realschulen, aus dem Projekt „Praxiskontakte im Wirtschaftsunterricht“ PRAWIS, aus dem Leitprojekt Verbraucherbildung) sowie von Vertretern beider Phasen der Lehrerausbildung für die Entwicklung von Lehrplänen und Fortbildungskonzeptionen zu nutzen,
- auf wertvolle curriculare Vorarbeiten aus dem Modellversuch Wirtschaft an Realschulen zurückzugreifen und das Anregungspotenzial einschlägiger Curricula und Erfahrungen anderer Bundesländer zu nutzen.

VÖBAS-Mitglieder haben in den Schulen und in der Lehrerfortbildung an dem Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“, am Projekt PRAWIS und am Leitprojekt Verbraucherbildung mitgewirkt. Wir erneuern unsere Bereitschaft, die dabei gewonnenen Einsichten und Erfahrungen in die Konzipierung und Implementation des Faches Wirtschaft einzubringen.

gez. Dieter Peters, Münster (für VÖBAS NRW)

gez. Dr. Karl-Josef Burkard (für den geschäftsführenden Vorstand des VÖBAS e.V.)

Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen!

Geschäftsstelle: Blumenstraße 19, 26121 Oldenburg. Email: info@voebas.de Homepage www.voebas.de